

# Deutschland braucht sichere und bezahlbare Energie

geschrieben von Admin | 20. Februar 2024

**Im Wohlstandsrausch will Deutschland das Weltklima mit der Energiewende retten. Physikalische Gesetze und ökonomische Vernunft werden nicht beachtet. Der wirtschaftliche Niedergang läuft.**

**Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel Pressesprecher NAEB e.V.  
Stromverbraucherschutz**

Die Berichte werden erschreckender. Deutschlands Wirtschaft ist im Sinkflug. Der sinkende Bedarf an elektrischer Energie, der von den Grünen als Erfolg ihrer Politik sogar gefeiert wird, verdeutlicht dies drastisch. Doch die Bruchlandung kommt näher. Der sinkende Energiebedarf ist die Folge des Industrieabbaus. Hauptgrund ist der hohe Strompreis durch die Energiewende für die „Weltklimarettung“.

Energieintensive Betriebe der Chemie-, Stahl-, Aluminium-, Zement-, Glas- und Papierindustrie müssen schließen, weil sie durch die hohen Strompreise unwirtschaftlich werden. Wirtschaftsminister Habeck will nun die Industrie mit Krediten stützen und so ein weiteres Abwandern verhindern. An der Energiewende soll aber ohne Abstriche festgehalten werden.

Das Ziel ist, die fossilen Brennstoffe Kohle, Erdöl und Erdgas durch unberechenbaren Wind- und Solarstrom (Fakepower) zu ersetzen. Nach Angaben von Bundeskanzler Scholz in einer Rede sollen dafür jährlich mehr als 100 Milliarden Euro aufgewendet werden. Ein wesentlicher Teil kommt aus dem Klima- und Transformationsfonds, der maßgeblich von den CO<sub>2</sub>-Steuern auf Heiz- und Treibstoffe gespeist wird.

Mit dem Fortschreiten der Energiewende sollen alle Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Dann verliert Deutschland die letzte heimische Energieversorgung, die Braunkohlenkraftwerke, und wird leicht erpressbar mit dem Hinweis, die Importe von fossilen Brennstoffen könnten gedrosselt oder gar gestoppt werden. Denn wir werden noch viele Jahrzehnte auf Kohle, Erdöl und Erdgas zur Deckung unseres Energiebedarfs angewiesen sein. Die Realität ist stärker als die beschlossenen Ausstiegsgesetze.

Besonders in Krisenzeiten brauchen wir eine sichere Energieversorgung. In erster Linie müssen wir die verfügbaren heimischen Energieträger nutzen. Die Braunkohleverstromung darf nicht eingestellt, sondern muss ausgebaut werden. Die Gewinnung von Gas und Öl durch Fracking muss in Deutschland in Angriff genommen werden. Es gibt Lagerstätten für Jahrzehnte. Die Herkunftsländer für Kohle, Gas- und Ölimporte sollten breit gestreut sein, um Lieferengpässe zu vermeiden. Erdgaslieferungen

aus Russland sollten über die noch nutzbare Ostsee-Pipeline wieder aufgenommen werden. Das derzeitige Embargo schwächt Europa mehr als Russland.

Für den Ernstfall müssen wir auf Energievorräte zurückgreifen können. Für Erdöl ist dies weiterhin der Fall. Vor gut 50 Jahren haben die Araber, die damals den Weltmarkt beherrschten, die Exporte eingestellt. Es gab autofreie Sonntage. Damals hat die Regierung beschlossen, Vorräte für 90 Tage anzulegen. Diese Vorräte gibt es heute noch. Es lagern 10 Millionen Tonnen Erdöl in Salzkavernen in Norddeutschland. Die Kosten bezahlen die Autofahrer mit 0,5 Cent pro Liter.

Auch für Erdgas gibt es Vorräte in Kavernen. Dies sind keine strategischen Vorräte, sondern Einlagerungen im Sommer für die hohe Nachfrage im Winter.

Kohle ist aus vielen Teilen der Welt zu günstigen Preisen verfügbar. Sie kann beliebig lange Zeit auf Halden gelagert werden. Behälter, Pumpen und Rohrleitungen werden nicht gebraucht. Das Lagern von Kohle ist die günstigste Bevorratung von Energie.

Eine Bewertung zeigt, die Stromerzeugung mit Importkohle kostet ca. 5 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh) und wird nur noch vom heimischen Braunkohlestrom mit 3 ct/kWh unterboten. Verteuert wird der Kohlestrom zurzeit um 6 ct/kWh durch die politisch motivierten Abgaben auf CO<sub>2</sub>-Emissionen zur Weltklimarettung.

Würde mit der Energiewende Schluss gemacht, ließen sich jährlich mehr als 100 Milliarden Euro an öffentlichen Ausgaben einsparen. Als Folge würde der Strompreis halbiert und die Stromversorgung wesentlich sicherer werden. Unsere Regierung hat die Chance, mit Hinweis auf die geänderten politischen Bedingungen ohne Gesichtsverlust die Energiewende aufzugeben. Wird sie diese Chance nutzen oder mit „weiter so“ ihre Abwahl verschulden? Die Wahlen der nächsten Monate werden die Frage beantworten.